

# „Kriegt bloß keine Kinder!“

Emotionale Debatte zu Kita-Beitragserhöhungen im Jugendhilfeausschuss

Von Martin Messy

**LÜDENSCHIED** ■ Das Bemühen um die sachliche Darstellung von Sparsachzwängen stieß auf die emotionale Kritik betroffener Eltern. Auch wenn die Erhöhung der Kita-Beiträge im Jugendhilfeausschuss zunächst einmal abgeschwächt wurde, dürften diese beiden Pole bestehen bleiben. Denn noch ist das letzte Wort nicht gesprochen.

Der Hauptausschuss am Montag und der Rat am 18. Mai könnten den Teilerfolg der Eltern vom Dienstag noch kippen. Denn einleitend hatten sowohl Verena Kasperek (SPD) als auch Kirsten Peterit (Die Grünen/Bündnis 90) und Anette Schwarz (FDP) die Verwaltungsvorlage unterstützt. Nur die Regelung, dass Geschwisterkinder beitragsfrei bleiben, ist parteiübergreifend vom Tisch. Zustimmung gibt's auch für die Erhöhung der Beiträge um 2,5 Prozent ab dem 1. August.

Aber die zweite Stufe der Erhöhung zum 1. August 2016 um 11,2 und in der dritten Stufe zum 1. August 2018 um 12,2 Prozent, die im JHA auf knappe Ablehnung stieß, könnte durch den Hauptausschuss und den Rat wieder ins Gegenteil umschlagen. Denn die sogenannte Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP hat die Mehrheit. Die CDU will die Erhöhungen 2016 und 2018 nicht mittragen, betonte Timothy Kahler.



Der Protest der Eltern gegen die Erhöhung der Kita-Beiträge war massiv. Der Stadtjugendamtelnbeirats (Kita 21) ruft dazu auf, am Ball zu bleiben. ■ Foto: Nougirgat → nebenstehender Bericht

Entschieden dagegen ist auch die Partei Die Linke, dessen Sprecher Michael Thomas-Lienkämper die zweistellige Erhöhung der Beiträge als „unsozial und unverschämt“ bezeichnete. Die Sparzwänge, ausgelöst durch das Haushaltssicherungskonzept (HSK), seien nicht in Stein gemeißelt.

Thomas-Lienkämper traf mit seinem Beitrag den Nerv der empörten Eltern, die in der Äußerung einer Mutter gipfelte, die meinte: „Die Stadt signalisiert damit: ‚Kriegt bloß keine Kinder!‘“

Trotz einer 16stufigen Staffelung nach dem Elterneinkommen – bis 17 500 Euro Jahreseinkommen ist kein Kita-Beitrag fällig – befürchtete eine alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern und einem Halbtageeinkommen durch die Erhöhung den Absturz in den Hartz IV-Bezug. Eine Mutter von drei Kindern, eines ist bereits in der Schule, erklärte, mit der Erhöhung könne sie sich nicht mehr als eine 25-Stunden-Betreuung in der Kita leisten. „So wird mir die Chance genommen, wieder arbeiten zu

gehen zu können. Ist das etwa gewollt?“

Kritisiert wurde zudem, dass bei den Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2015 nichts über die geplanten Erhöhungen gesagt worden sei.

Die Verwaltung wurde vom JHA zudem auf Vorschlag der Grünen beauftragt, ab 2016 die Einnahmeentwicklung der Kita-Beiträge jährlich zu überprüfen. Außerdem solle eine Auflistung der Beiträge aus den Kommunen im Märkischen Kreis erstellt werden, um eine Vereinheitlichung zu überprüfen.

# Warnung vor zu großer Euphorie

Stadtjugendamtelnbeirat bleibt skeptisch

**LÜDENSCHIED** ■ Der Stadtjugendamtelnbeirat „Kita 21“ warnt nach der Jugendhilfeausschusssitzung am Dienstag vor all zu großer Euphorie. Frank Albrecht, 2. Vorsitzender des Gremiums, gab gestern eine entsprechende Stellungnahme ab:

„Dass die Eltern dieser Stadt am Dienstagabend vor dem Jugendhilfeausschuss nur einen, wenn auch machtvoll demonstrierten Teilerfolg erzielt haben, sollte nicht allzu große Euphorie hervorrufen“, warnt Albrecht. „Die Fraktionen (SPD, FDP, Grünen) diskutieren zurzeit über eine leicht abgeschwächte, aber in unseren Augen immer noch untragbare Anpassung der Elternbeitragsatzung.“ Hier sei zum Beispiel bei der FDP die Rede davon, die Erhöhungen von 11,2, beziehungsweise 12,2 Prozent trotz der Ablehnung durch den Jugendhilfeausschuss durchzuführen. Der Geschwisterbeitrag solle dann nicht sofort in vollem Umfang eingefordert werden, sondern in mehreren Schritten – 2015 auf 25, 2017 auf 50 Prozent eingeführt werden.

„Die Begründung, die hierfür geliefert wird, ist das 2012 beschlossene Haushaltssicherungskonzept, das angeblich allen Beteiligten die Hände bindet. Dieses Konzept ist nicht in Stein gemeißelt. Wir fordern die Politik an dieser



Frank Albrecht

Stelle auf, wie es ein Bürger in der Ausschusssitzung formulierte, kreativ zu werden und andere Einnahmequellen zu finden, anstatt nur auf der Ausgabenseite zu kürzen.“

Aus diesem Grund sei es wichtig, auch weiterhin Präsenz zu zeigen, und zwar in der Sitzung des Hauptausschusses am Montag um 17 Uhr und in der Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 18. Mai ebenfalls um 17 Uhr. „Lasst den Jugendhilfeausschuss nicht zu einem Prellbock für die ‚echte Politik‘ werden. Wir lehnen jede weitere Erhöhung der Elternbeiträge ab. Der Tag der Entscheidung ist der 18. Mai 2015. Informationen und Begründungen findet man auch auf unserer Facebookseite: <https://www.facebook.com/kita21.luedenscheid>.“ ■ my